

Castroper Zeitung

48. Jahrgang

Raugeler Neueste Nachrichten

Rotationsdruck und Verlag: Gastropser Zeitung (Geschw. Schmitz), Gastrop

Bladenhorster Tageblatt

Amtl. Veröffentlichungsblatt für den Landgerichtsbezirk Dortmund, für die Stadt Castrop und die Ämter Ranzel und Bladenhorst
Alle amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Castrop, der Ämter Ranzel und Bladenhorst erlangen nach Veröffentlichung in obigen Blättern rechtsverbindliche Kraft.

Mr. 286/186

Montag, den 11. Dezember

1922

Die Grenzen der inneren Goldanleihe.

Der neue Kanzler trägt sich mit der Absicht, mit eigenen Reparationsvorschlägen — vor oder nach der Londoner Konferenz — nicht recht klar — den Alliierten eine Verhandlungsbasis vorzuschlagen. Der Rahmen, in dem er sich bewegen muß, ist jene im Prinzip als Regierungsprogramm aufgegriffene deutsche Note vom 13. November, die in ihren wesentlichen Punkten leider so wenig der Öffentlichkeit geläufig zu sein scheint, daß man vielerorts die Erörterung einer inneren Goldanleihe als etwas gänzlich Neues anzuspüren beliebt. Tatsächlich spricht aber die Note schon in sehr bestimmter Form von ihr. Sie nennt als ihre Voraussetzung eine vorläufige Sättigungssaktion durch Kreditgewährung von einer Goldmilliarde (zur Hälfte durch die Reichsbank, zur Hälfte durch ausländische Banken) und ein drei- bis vierjähriges Moratorium, eine wirkliche Atempause im Gegensatz zu den letzten Dannebergschen, die unsere schleichende Krise nur zu verbergen, nicht hintanzuhalten imstande sind. Erst dann will und kann die Reichsregierung mit dem Hinweis auf diesen Zahlungsausfall um ausländische Anleihen großen Maßstabes werben, die lediglich zu Reparationszwecken bestimmt sind. Parallel dazu verpflichtet sich die deutsche Note auf jene oben angeführte Goldanleihe, die zur Hälfte ebenfalls für die Reparation, im übrigen aber für die notwendigen inneren Bedürfnisse des Reiches finanzieller und produktionsstechnischer Natur verwendet werden soll und muß. Es wäre daher ein Abweichen in die Visionen hoffnungslosen Erfüllungswahnsinns, wenn diese sehr klar und bestimmt vorgezeichneten Grenzen der inneren Anleihe selbst und ihrer Voraussetzungen weiter zu unseren Lasten verschoben werden sollten. Daß die Reichsregierung sich mit solchen Absichten tragen soll, vermögen wir um so weniger zu glauben, als doch gerade gestern der zuständige Minister in Ergänzung seiner Ausführungen vor dem Steuerauschuß dem Haushaltsauschuß des Reichstages das schwarze Bild deutscher Finanz- und Wirtschaftslage zeichnete.

Gerade diese Rede hob, so schreibt die N. W. Z. mit vollem Recht die eng gesteckten Grenzen eines solchen Anteilbeertrages zwischen ihren Sätzen, doch für den verhängnisvollen Hörer sehr deutlich hervor. Man kommt eben nicht um die Tatsache herum, daß trotz alles auf Banknoten abgestellten Scheingelanges Staat und Volk auf Kosten der Substanz lebt, solange trotz aller Abzäpfungen an Land und Löhnen, Geld und Gut, alle Erträge der Wirtschaft in das unersättliche Reparationsloch abfließen und bleierne Aussichtslosigkeit jeder Besserung die Schwungkraft neuen Lebens hemmt. „Was will es denn befragen,“ fragte der Minister im Hinblick auf affizierte Vertickungskunst, „wenn eine Aktiengesellschaft heute 500 Mark auf eine mit 1000 Goldmark eingezahlte Aktie auszufüllen? Scharfbar sind das 50 v. H., bei einem am Dollar gemessenen Entwertungsfaktor jedes ganze 25 Goldpfennige, das heißt, der Aktienär erhält eine Dividende von ein Vierzigstel vom Hundert. Und selbst diese Dividendenausüttungen sind im Vergleich mit der Lage der einzelnen Wirtschaften manchmal noch zu hoch bemessen, und zwar deshalb, weil auch manche Aktiengesellschaften den Wert ihrer Gewinne verkennen und dadurch dazu verleit werden, die Abschreibungen und Rückstellungen unzureichend zu bemessen, um dann im Zeitpunkt der neuen Anschaffung von Maschinen und anderen Produktionsfaktoren in Verlegenheit zu geraten.“ Und das ist doch ein aus jenen Riefen genommenes Beispiel, denen man zu allererst die Last der inneren Anteile aufbürden mußte.

Reber: Eiat, auch der sehr vorsichtig aufgeschaltete, wurde durch die Entwicklung des Marktfusses wieder gekrafft; solange deren letzte Ursachen nicht beseitigt sind, ist es eine unglauibliche Verleumdung der Dinge, aus partieller Verrantwortlichkeit oder aus wahren „bösen Willen“ aus „Verleumdung“, wenn man Heberationspläne auf Zahlengrößen baut, die wie der Blausand verwehen. Der beste Beweis für unsere Scheinbilde ist doch der Umstand, daß die Kriecht des Auslandes vor der Marktgestoßten begann und fortfährt, was es in der

Die Hoffnung auf London.

Hätten wie drüben werden die letzten Vorbereitungen für die Londoner Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten getroffen. Auf deutscher Seite scheint ursprünglich die Absicht bestanden zu haben, noch vor der Londoner Konferenz der Entente Vorschläge zur Ergänzung der deutschen Stabilisierungsnote zu übermitteln. Besonders von dem Reichsfinanzminister Sermes sagt man, daß er sich mit großem Nachdruck für eine solche Aktivität der deutschen Politik ins Zeug gelegt habe. Aber man ist auch diesmal wieder zu spät gekommen. Selbst wenn noch während der Londoner Beratungen deutsche Ergänzungsvorschläge gemacht werden, dürften sie einen Einfluß auf die Konferenz und ihren Verlauf kaum mehr ausüben vermögen.

Was nun diese Konferenz selbst anbetrifft, so würde man sich täuschen, wenn man sagen wollte, daß ihr in Deutschland sehr große Erwartungen entgegengebracht werden. Wenn man die gegenwärtig in Deutschland herrschende Stimmung kennzeichnen will, so muß man der Wahrheit gemäß gestehen, daß sie von dumpfer Verzweiflung nicht mehr allzweit entfernt ist. Man weiß auch in Deutschland, daß Poincaré mit allen Trümpfen in der Hand nach London reist, und man ist sich in den Kreisen der Reichsregierung, die ja heute von einem kühl berechnenden Geschäftsmann geleitet wird, durchaus bewußt, daß eine direkte Verständigung mit Frankreich unter allen Umständen ermöglicht werden muß. Wie auch London ausfällt, Poincaré wird dort unter allen Umständen gezwungen sein, Wasser in seinen Wein zu gießen. Er wird Zugeständnisse und Abstriche machen müssen, um die Einigkeit der Alliierten, die ohnedies gefährdet genug ist, nicht von vornherein zu zerstören. Man wird überhaupt gut tun, von der Londoner Vorkonferenz nicht mehr zu erwarten, als sie nach

Hoffnung auf Lösung der Reparationsfrage zusammenkaufte. Es kommt eben niemand drinnen und draußen um die Taffache herum, daß allein die jährlichen Kosten der Besetzung — ca. 1,5 Goldmilliarden — mehr als das Achtfache der inneren Reichsausgaben verschlingen, daß Abmachungen wie die mit Belgien keine Atempause, sondern heute schon drückende Gegenleistungen und unerträgliche weitere Ungewißheit brachten, daß auch das Versteifen auf Sachleistungen als angeblichem Rettungsanker nur Bankerottspolitik, Verschönerung deutscher Sachwerte aus Ausland ist. Jeder enttäuschte Hoffnungsfeind der nie alle werdenden Optimisten senkte die Mark weiter ins Bodenlose — nur Umkehr des Auslandes in seiner Reparationspolitik böte einen Halt. Alles andere ist Beiwert, notwendig, aber nicht entscheidend, begrenzt in seiner Bedeutung. „Großentlösung unter neuen Opfern“, wie Helfferich mit Recht erklärte.

Das Ausland aber tut das Gegenteil des Notwendigen. Poincaré, der Gesandte seiner Kammermehrheit, predigt auf Klein und Groß; Mussolini, der Vielgenannte, variiert Frankreichs altes Finanzprogramm vor seinen Anhängern, „le beche povera tout“; England sucht in der Welt Ersatz für den deutschen Markt und beschränkt sich darauf, in den Grenzen seiner gebundenen Politik Bradburys finanzielle Entmündigung Deutschlands dem annectiönslustigen Paris in irgend einer Form schmacht zu machen. Keiner denkt daran, daß Zahlungen nur aus überblichen einer Volkswirtschaft auszubringen sind. Cuno mag Reparationsprogramme präsentieren so viel er will; er wird Schiffbruch leiden, solange das Ausland ihm in den Arm fällt oder mit verschränkten Armen dem Absterben eines Volkes zusieht. Das Chaos kommt nicht mehr, wir sind mitten darin, jeder nutzlos verstrichene Tag beweist es. Wenn der eine häß schreit, der andere holt will, bleibt der starren im Dreck stehen.

Die Entschädigungsfrage.

Ein Reparationsausschuß bei der deutschen Regierung.

Berlin, 9. Dec. Wie die Rheinische Zeitung
mittelt, ist bei der deutschen Regierung ein Re-

den Absichten ihrer Veranlasser bringen soll. England und Frankreich müssen sich allerdings über gewisse Vorbedingungen einig sein, damit die Brüsseler Konferenz überhaupt stattfinden kann. Poincaré kommt mit einem festen Programm nach London. Aber er wird sicherlich zunächst von demjenigen Teile, der die Franzosen am meisten interessiert, in London zu sprechen soviel als möglich vermeiden. Das ist die Frage, was Frankreich zu tun beabsichtigt, wenn bis zum 15. Januar, dem Fälligerwerden der nächsten deutschen Zahlung, eine Einigung nicht zustande gekommen ist. Während aber Poincaré seine Vorbereitungen bis aufs Letzte getroffen hat, macht die auf der anderen Seite stehende englische Regierung noch immer den Eindruck völliger Planlosigkeit. Es war keine übliche Selbstironie, als Benar Law in diesen Tagen im Unterhause auf eine Anfrage Kenworths, ob er nicht dem Hause die Ansicht der britischen Regierung über die Reparationsfrage mitteilen könne, erwiderte, die Regierung habe viele Ansichten, aber es würde sehr lange Zeit in Anspruch nehmen sie auszudrücken. Von Poincaré weiß jedermann, daß er nur eine Ansicht hat, und diese ist bekanntlich in der Formel „kein Moratorium ohne Pfänder“ niedergelegt. Solange keine Gegenenergie vorhanden ist, bei der der zerstörende Wille Poincarés auf Granit stoßen muß, wird man sich der Hoffnung, daß aus Konferenzen ein Einfluß herauskommen könnte, der an die Wurzeln der Dinge greift und die Welt einer neuen Zeit entgegenführt, entschlagen müssen. Ein Gedanke harret allerdings noch im Hintergrunde, der eine Lösung herbeiführen könnte. Er ist auf dem internationalen Schuldenausgleich aufgebaut. Aber er wird nicht ohne Amerika durchgeführt werden. Die Entscheidung darüber wird sicherlich nicht in London fallen.

Die deutschen Kohlenlieferungen.

Berlin, 9. Dez. Ueber die Frage der deutschen Kohlenlieferungen, über die eine Entscheidung täglich zu erwarten ist, erfahren wir von zukünftiger Stelle folgendes: Auf Grund des Zuliprogramms werden von uns gefordert monatlich 1 Millionen Tonnen, 125 000 Tonnen oberbleibende Kohle und 20 Prozent des Förderüberschusses über 8,3 Prozent. Infolge der äußerst schwierigen Kohlenlage Deutschlands, die den Alliierten nicht unbekannt ist, ist es bisher nur möglich gewesen, 1,6 Mill. Tonnen zu liefern. Die Entente besteht augenblicklich immer noch auf der vollen Einhaltung des Zuliprogramms, obwohl durch den Uebergang eines Teiles von oberbleibenden Werken die Lieferung von 125 000 Tonnen eigentlich nicht mehr in Frage kommen kann. Doch es aber auf die Taier Deutschland nicht möglich sein wird, die bis jetzt gelieferten 1,6 Millionen Tonnen monatlich noch weiter zu liefern, ist daraus ersichtlich, daß die deutsche Kohleneinfuhr beträchtlich höher ist, als die Lieferungen an die Reparationskommission. Nach einer amtlichen Mitteilung sind im Monat Oktober insgesamt 2 295 371 Tonnen Kohlen eingeführt und 1,9 Mill. Tonnen an die Reparationskommission abgeführt worden. Die deutsche Ausfuhr beträgt dagegen nur 203 821 Tonnen.

Rheinlandskundgebung der christlichen
Gewerkschaften.

Berlin, 9. Dez. Die Sitzung des Vorstandes des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands nahm folgende Entschlie-
ßung an: „Der Vorstand des Gesamtverbandes

der Christlichen Gewerkschaften teilt die Sorge und die Entrüstung, die die gesamte Mitgliedschaft seiner Verbände mit der übrigen Bevölkerung im besetzten Gebiet infolge der neuerlichen Bedrohung des Rheinlandes durch den französischen Imperialismus erfüllt. Der Vorstand des Gesamtverbandes wird seine ganze Kraft mit einsetzen, um diesen neuesten Anschlag Frankreichs zurückzuweisen. Das Rheinland ist deutsch und wird deutsch bleiben. Die Achtung des Weltgewissens vor der nationalen Verbundenheit des rheinischen Landes und der rheinischen Bevölkerung mit dem Reich und dem gesamten deutschen Volk muß, so vertrauen wir, stärker sein als die, jedes stilldenkenden Rechts baren Nachgelüste Frankreichs. Deutschland muß — und nicht zuletzt auch im Interesse der gesamten Weltwirtschaft wirtschaftlich wieder zur Gefundung kommen. Der Griff nach dem Rheinland aber wird den wirtschaftlichen Nutzen Deutschlands und damit Europas nur noch vervollständigen. Es ist genug der Vergewaltigung des Reiches, es ist genug des Leidens in der Not. Jetzt muß aufgebaut und nicht weiter zerstört und zerrissen werden. Der Vorstand des Gesamtverbandes vertraut darauf, daß die christliche Arbeiterchaft des Rheinlandes in edlem Wettstreit mit der übrigen rheinischen Bevölkerung nach wie vor in unbeirrbarer Treue festhält am eigenen Vaterland. In dieser Festigkeit müssen Frankreichs Nachgelüste und Zerstörungspäne zerfallen.“

Die Haltung des Ruhrgebiets.

Vochum, 9. Dez. Die Haltung der Bevölkerung des Ruhrgebiets gegenüber den neuen französischen Drohungen ist erhehend. Diese Haltung hat im Ausland Eindruck gemacht. Um sich über die Stimmung, besonders in Arbeiterkreisen, zu unterrichten, stellten Vertreter großer amerikanischer Blätter dem Ruhrgebiet einen Besuch ab. Sie erkundigten sich, dem Vochumer Anzeiger zufolge, auch bei dem Vorstand des Bergarbeiterverbandes nach der Stellung der Bergarbeiterchaft im Falle einer Besetzung des Ruhrgebiets. Hier erfuhr sie, daß die gesamte Arbeiterchaft, gleichviel welcher Gewerkschaftsrichtung und welcher Partei, jede Vergewaltigung scharf ablehne und sich mit einer Besetzung nicht abfinden werde. Die amerikanischen Pressevertreter nahmen den Eindruck mit, daß das Volk an Arbeit und Ruhr fest und treu zum Reich hält und sich durch nichts in seiner deutschen Gesinnung erschüttern läßt.

Eine Entschliebung der Sozialdemokraten.

Dortmund, 9. Dez. Der Bezirksparteitag der Vereinigten sozialdemokratischen Partei Deutschlands für das westfälische Becken hat in einer Entschließung gegen die von der französischen Regierung angeordneten Gewaltmaßnahmen Einspruch erhoben. Die Fortsetzung der Rheinlanden von der Deutschen Republik und die Besetzung des Ruhrgebietes müßten unvermeidlich zu einer Verletzung der internationalen Gesetze und damit zu einer neuen Kriegsgeschehnisse führen. Demgegenüber befand der Parteitag den festen Willen der Arbeiterkraft des Ruhrgebietes, am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete sowie als irgendetwas möglich mitzuwirken und alle Kräfte in den Dienst einer friedlichen Verständigung der Völker zu stellen. Der Parteitag appellierte an die sozialistische und gewerkschaftliche Internationale der Arbeiter, den Kampf des sozialistischen Proletariats gegen den Imperialismus zu unterstützen.

Der preussische Staatsrat gegen die Auflösung
der Rheinlande.

Berlin, 9. Dec. In der Vollziehung des preussischen Staatsrates gab Vizepräsident Graf in Namen aller Fractionen eine Erklärung ab, in der der Staatsrat als verfassungsmäßig berufen, Vertretung der bedrohten Provinzen Einspruch erhebt gegen die Gewaltthaten der heillosen französischen Machthaber, die offen ausgesprochen, Drohung der Völsung der Rheinlande von Reich und eine weitere militärische Besetzung des rheinisch-westfälischen Inbegriffes beabsichtigen. Der Staatsrat stellt fest, daß alle Forderungen und Einschränkungsvorlesuche im Rheinlande entwürter Verletzung begehen, und fordert das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für das Rheinland.

Aus dem Reiche.

Separatistische Maulhelden.

Smets' alte Hochverratsklauen.

Rhein, 9. Dez. Joseph Smets schreibt in der neuesten Nummer seiner Rheinischen Republik: „In den nächsten Wochen werden in sämtlichen rheinischen Bezirken Kongresse der rheinischen Rheinwärterschaft stattfinden, die „für das Rheinland von weitestgehender Bedeutung“ sein werden. Die Forderungen, die auf diesen Kongressen aufgestellt werden, gipfeln in der Einführung des Rheinischen Franken. Smets sagt, diese Forderungen alle erfüllt und kann sich wieder einmal der Rheinländer für wenig Geld ordentlich satt essen, dann muß als Endziel die alte Forderung unserer „Väter“ in Erfüllung gebracht werden: Eine vollkommene, nach Ost und West freie neutrale Republik Rheinland.“

Für das Rheinland.

Hannover, 9. Dez. Als Weihnachtsgabe wird die Provinz Hannover für das besetzte Rheinland nach einer Meldung des Oberpräsidenten Roske 8 Millionen Mark aufbringen.

Versicherungsgrenze in der Unfallversicherung 1200 000 Mark.

Berlin, 9. Dez. Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages wurde eine Erhöhung der Sätze für Familienwohnenhilfe und Wochenfürsorge beschlossen. Dem Reich entfiel dadurch eine Mehrausgabe von 35 Millionen Mark. Die Zulagen in der Unfallversicherung wurden in der Weise festgesetzt, daß die Versicherungsgrenze auf 1200 000 Mark erhöht wird. Die Drittelungsgrenze erhöht sich auf 300 000 M., das Tagelohn auf 30 M.

Erhöhung der Personentaxe bei der Reichsbahn.

Am 1. Januar 1923 werden die Fahrpreise weiter erhöht, und zwar betragen die neuen Einheitsätze für das Kilometer in der 4. Klasse 4 M., in der 3. Klasse 6 M., in der 2. Klasse 12 M. und in der 1. Klasse 24 M. Die danach berechneten Fahrpreise werden über 100 bis 500 M. auf 10 M., über 500 bis 1000 M. auf 20 M., über 1000 bis 2000 M. auf 50 M. und über 2000 M. auf 100 M. abgerundet.

Die Schnellzugzuschläge betragen vom 1. Januar 1923 ab Zone 1 (1-75 Km.) 3. Klasse 100 M., 2. Klasse 200 M., 1. Klasse 400 M., Zone 2 (75-150 Km.) 3. Klasse 150 M., 2. Klasse 300 M., 1. Klasse 600 M., Zone 3 (150-300 Km.) 3. Klasse 300 M., 2. Klasse 600 M., 1. Klasse 1200 M.

Die auf den bisherigen Fahrkarten aufgedruckten Preise verlieren vom 1. Januar 1923 ab ihre Gültigkeit. Der Fahrpreis ist vom 1. Januar ab auf Grund der Kilometerzahl in Verbindung mit einer Preisberechnungstabelle bei Verabfolgung der Fahrkarte vom Schalterbeamten zu ermitteln. Bei Fahrkarten, die ausgeschrieben werden müssen, werden die Fahrpreise nach wie vor eingezeichnet, auch die an den Schalterdruckmaschinen veranschlagten Fahrkarten sind mit einer Preisangabe versehen.

Um den Reisenden zu ermöglichen, sich vor Anforderung der Fahrkarte über die Höhe des Fahrpreises zu unterrichten, werden an leicht zugänglichen, genügend beleuchteten Stellen in den Bahnhofsvorräumen Uebersichten angebracht, aus denen die Kilometerzahl der Verkehrsverbindungen hervorgeht, für die auf der Station durchgehende Fahrkarten ausliegen. Ein weiterer Auszug enthält die ausgerechneten Fahrpreise 1. bis 4. Klasse. Die Schnellzugzuschläge werden am Schluß aufgeführt, ebenso die Grundätze für die Berechnung der Fahrpreise für Arbeiterfahrkarten, Schülerfahrkarten usw. Durch einen dritten Auszug am Schalter oder in dessen unmittelbarer Nähe können sich die Reisenden über das neue Abfertungsverfahren unterrichten.

Auch die Gepäckfrachten werden erhöht, sie betragen vom 1. Januar ab für je 10 Kg. und 1 Km. = 1 Mark, die Mindestfracht ist auf 100 M. festgesetzt.

Die Lohnsteuerquelle.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten schreibt: Der Beschluß des Reichstages zum Einkommensteuergesetz, nach dem für 1922 die Lohnsteuergrenze auf 250 000 Mark festgelegt werden soll, entspricht bei weitem nicht den durch die Geldentwertung geschaffenen Verhältnissen. Es ist allgemein bekannt, daß die Einkommen aller Arbeitnehmer, für die diese Lohnsteuergrenze in Frage kommt, nur mangelhaft der Geldentwertung anpaßt werden. Trotzdem sind im Durchschnitt die Löhne und Gehälter schon fast so, daß das Einkommen eines höher qualifizierten Arbeitnehmers für die letzten drei Monate schon über die Hälfte der 250 000 Mark ausmachen würde, der ursprünglich bei Schaffung des Lohnsteuergesetzes beabsichtigt war. Es liegt aber durchaus im Interesse der Allgemeinheit und auch im Interesse des Steuerfiskus, trotz des scheinbaren Unfalls, daß die Vereinfachung der Steuer, die durch den zehnprozentigen Abzug geschaffen werden sollte, auch wirklich erreicht wird. Die Finanzämter bemängeln schon jetzt bei weitem nicht die ihnen durch Prüfung der Steuerunterlagen entziehende Arbeit; je umfangreicher der Kreis der Veranlagungspflichtigen wird, um so größer wird der Verwaltungsaufwand. Ganz abgesehen davon ist es aber eine schwerwiegende Ungerechtigkeit, wenn die Kreise, die an sich schon als Steuerzahler der jetzigen wirt-

Der deutsche Schrift in London.

Berlin, 11. Dez. Entsprechend ihrer Absicht, in der Reparationsfrage eine Politik der Aktivität, der Aufrichtigkeit und der geschäftlichen Klarheit zu führen, hat die deutsche Regierung zu Beginn der Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten einen Schritt in London unternommen. Sie hat die Dringlichkeit einer endgültigen Lösung der Reparationsfrage nachdrücklich betont, und um eine solche Lösung durch zweckmäßige Vorschläge anzubahnen, in Ausführung der Note vom 14. November ein System von inneren und äußeren Anleihen zur Erörterung gestellt. Das dafür zu gewährende Moratorium soll, je nach der Höhe des Zahlungsergebnisses, bis zu 5 Jahren betragen. Außerdem soll Deutschland im Sinne der Note vom 14. November für die Dauer des Moratoriums von allen sonstigen Lasten des Vertrages von Versailles befreit und seine wirtschaftspolitische Selbstbestimmung wiederhergestellt werden. Der Vertrag der Auslandsanleihe soll ganz, der Vertrag der Auslandsanleihe zur Hälfte der Reparationskommission zur Verfügung stehen. Die andere Hälfte der Auslandsanleihe soll der Stabilisierung der Mark und dem Ausgleich des Reichsbankhaushaltes dienen.

Die deutschen Vorschläge in London.

Paris, 11. Dez. Die von Staatssekretär Bergmann dem Londoner Auswärtigen Amt übermittelte deutsche Note ist von den verbündeten Ministerpräsidenten geprüft worden. Die gezielte Lösung hat sich mit den in der deutschen Note enthaltenen Vorschlägen befaßt. Ueber den Inhalt dieser Note erzählt der Temps folgendes: Deutschland schlägt vor, daß ihm ein Moratorium von noch nicht festgelegter Dauer je nach dem Ergebnis einer inneren Geldanleihe, die es zur Befriedigung der Mark aufnehmen will, bewilligt wird. Wenn diese innere Anleihe erfolgreich wäre, würde das Moratorium sofort ein Ende finden; und die Reparationszahlungen sollten wieder beginnen, andernfalls würde man eine auswärtige Anleihe suchen. Der Berichterstatter des Journal des Debats glaubt zu wissen, daß die deutsche Note nach Abschluß des Moratoriums jährliche Zahlungen von ungefähr 1200 Millionen Goldmark anbietet.

Aktuelle politische Fragen im Auswärtigen Reich.

Berlin, 11. Dez. In der Samstags-Sitzung des Reichstagesausschusses für auswärtige Angelegenheiten führte den Vorsitz Abg. Tresemann (D. V. P.). Zunächst sprach Außenminister v. Rosenbergs über die Lage, insbesondere über die Ausdehnung des Reparationsvertrages. An der Ausdehnung beteiligten sich die Abgeordneten v. Rheinbaben (D. V. P.), Dr. Hübsch (Dnt.), Breitscheid (Soz.), Jochen (Komm.), Graf Bernstorff (Dnt.) und Dr. Wirth (Dnt.). Im Anschluß daran gab Außenminister v. Rosenbergs einen Uebersicht über die gegenwärtige politische Lage und erläuterte die Aufgaben, die der Reichsregierung obliegen. Die Reichsregierung hoffe, sie bis nächste Woche geben zu können. Weiter befasste der Ausschuss mit der Veranlassung der militärischen Intervention in Griechenland und wegen der Vorankündigung in Baku und Istanbul. Die deutsche Regierung hat sich hierüber bereits mit der Türkei (Dnt.) in Verbindung gesetzt. Es wurde eingehend über unsere Wirtschaftslage und

schafflichen Lage Deutschlands angesehen werden müssen, die höher qualifizierten Arbeitnehmer auch bei der Steuerregelung berücksichtigt werden. Durch eine zu ängstlich gezogene Grenze der Geltung des Lohnsteuergesetzes werden gerade diese Kreise ungenutzt benachteiligt. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten ist deshalb an den Reichstag herangetreten mit dem Ersuchen, bis für 1923 vorgesehene Steuerhöhe, also 400 000 Mark, als Lohnsteuergrenze bereits für 1922 festzusetzen. Darüber hinaus verlangt der Gewerkschaftsbund der Angestellten immer wieder, eine fortlaufende Anpassung der Geldsätze an den veränderlichen Geldwert vorzunehmen, in demselben Sinne wie es bei der Sozialversicherung schon jetzt geschieht. Die Reichsregierung soll ermächtigt werden, mit Zustimmung des Reichstages die in Frage kommenden Geldsätze des Einkommensteuergesetzes an Hand der amtlichen Indexziffer von Berlins für 1922 zu ändern. Eine solche Regelung ist im Interesse der Allgemeinheit nur zu begrüßen.

Wir möchten dieses Vorgehen nicht nur unterstützen, sondern noch weiter gehen und fordern, daß auch 400 000 Mark als Lohnsteuergrenze für 1922 noch zu niedrig sind. Der Staat muß gerecht sein. Wenn er auf der einen Seite die Grenze für Krankenversicherungsbeitrag auf 720 000 Mark für Angestellte festsetzt, so muß er auch 840 000 Mark hinsetzen, also den Kreis der Leute mit geringem Einkommen so weit zieht, hat er auf der anderen Seite auch die Pflicht, bei der Steuerfestsetzung auf diese Geldentwertung Rücksicht zu nehmen. Wo bleibt sonst der „soziale Staat“?

Kurze politische Nachricht II.

Wie die norwegische Zeitung Dagbladet berichtet, hat der Nobelfriedenspreis für 1922 dem Prof. Ransien zuerkannt worden; Ransien traf vorgestern aus London in Christiania ein, was am 10. oder 12. d. Mts. das Nobel-Komitee des Storsings die Verteilung des Preises vornehmen wird. In dänischen Blättern war dieser Tage Ransien als voranschreitender Empfänger des Preises genannt worden. Prinz Andreas von Griechenland wird sich mit seiner Familie nicht nach London, sondern nach Paris begeben.

Wie aus Athen gemeldet wird, sind die Generale Dusanis, Pallis, Craxinos und Baletas in Freiheit gesetzt worden.

Der ukrainische Volkswirtschaftsrat hat einer Gruppe amerikanischer Textilfabrikanten die Genehmigung erteilt, eine staatliche Textilfabrik in der Ukraine in eigener Regie zu betreiben.

finanzielle Leistungsfähigkeit gesprochen. Nach den Mitteilungen der Regierung könne noch nicht gesagt werden, wann die Note wegen der Umwandlung der Reparationskommissionen in Sachverständigenrat fertiggestellt sein wird, da sie zum Teil unauflösliche Forderungen enthält. Immerhin ist die Reichsregierung bemüht, auch hier eine Lösung zu finden, damit der grundsätzliche Charakter des Reparationsproblems nicht im Wege steht. In der nächsten Woche wird der Auswärtige Minister wieder zusammenzutreten. Reichsminister Gumbel wird in dieser Sitzung über die in der Presse veröffentlichten angeblichen weiteren Vorschläge der deutschen Regierung in der Reparationsfrage im Auswärtigen Ministerium eingehende Mitteilungen machen.

Poincare für die Kontrolle des Ruhrbergbaues.

London, 11. Dez. Es wird jetzt bekannt, daß Poincare am Samstag ein zweijähriges Moratorium für die deutschen Reparationszahlungen vorgeschlagen hat, während die Sachlieferungen in unverändertem Maße fortgesetzt werden sollen. Es würde Deutschland ein Kredit von 500 Millionen Goldmark gewährt werden, um den Markkurs zu stabilisieren. Deutschland habe zu dem gleichen Zweck dem Goldbestand der Reichsbank 500 Millionen zu entnehmen. Um die Durchführung dieser Maßnahmen zu garantieren, würden die Alliierten 25 Prozent des Wertes der deutschen Einfuhr und die gesamten Zollströme beschlagnahmen, sowie die Vergewerte des Ruhrbezirks kontrollieren. Bonar Law bekämpfte die Forderung des Ruhrbezirks und erklärte, England könne nur eine Erhebung von 25 Prozent von der deutschen Einfuhr und der Beschlagnahme der deutschen Zollströme zustimmen.

Die Londoner Finanzkreise zuversichtlich.

London, 11. Dez. In englischen Zeitungen gibt man sich guten Hoffnungen hinsichtlich einer internationalen Anleihe hin, da die augenblickliche deutsche Regierung eine Reorganisation der Wirtschaft plante. Der Ernst der Lage und der zu behandelnden Fragen wird allgemein anerkannt. Man sieht aber trotzdem ein vollständiges Einverständnis als möglich voraus und zwar sowohl für die Reparationsfrage als auch für die Frage der internationalen Schulden.

Der erste Punkt des Londoner Konferenzprogramms

London, 11. Dez. Gut informierte Finanzkreise glauben, daß man die Lage nicht pessimistisch betrachten dürfe. Man sieht allgemein zu, daß, wenn Deutschland sich den Empfehlungen der Alliierten in Berlin angeschlossen hätte, die von ihnen als notwendig anerkannten Maßnahmen getroffen, daß dann keine unmittelbaren Schwierigkeiten für die Stabilisierung der Mark vorlägen, die zunächst notwendig sei. Die Hauptsache, so erklärt man, ist der Wiederaufbau und nicht Zwangsmaßnahmen. Das Konferenzprogramm dürfte also in erster Linie Maßnahmen der deutschen Regierung zur Stabilisierung der Mark betreffen und dann die Aufhebung einer Anleihe für Deutschland. Aufschluß erklärte bei seiner Ankunft, daß die deutsche Regierung die Aufhebung der deutschen Zahlungen auf der Konferenz anzuschreiben.

Letzte Drahtmeldungen.

Verdoppelung des Brotpreises.

Berlin, 11. Dez. Die im Getreideumfragegesetz vorgesehene Preiskommission wird am Montag unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers Dr. Luther zusammentreten, um den Preis für das zweite Drittel der Getreideumlage festzusetzen. Die Landwirtschaft verlangt eine dreifache Erhöhung des bisher für das erste Drittel bezahlten Preises von 20 000 Mark. In unterrichteten Kreisen nimmt man den Witterungszusatz an, daß die Forderung der Landwirtschaft, zum mindesten ein wesentlicher Teil anerkannt werde, so daß für Januar mit einer Verdoppelung des gegenwärtigen Brotpreises zu rechnen ist.

Die Reichsregierung hat die geforderte Anhebung des Preises für Getreide um 100 Prozent abgelehnt. Paris, 11. Dez. Savas meidet: Angesichts der Nachrichten aus London und Paris will man in Berlin unter allen Umständen jeden Vorwand zur Erregung von Wunden in den Rheinlanden umgehen. Da diese Ueberlegung allen anderen voraussetzt, wird die von der Volkskammerkonferenz geforderte Ruhe gewahrt werden.

Unterbrechung der Lausanner Konferenz.

Paris, 11. Dez. Aus Lausanne wird gemeldet, daß Lord Curzon und mehrere andere Vertreter in Belgien nach Hause zu fahren wünschen, falls die Konferenz vom 23. Dezember bis zum 2. Januar unterbrochen werden sollte. Die Sachverständigen werden in dieser Zeit ihre Sitzungen fortsetzen. Die Konferenz wird ihre Sitzungen nur wieder aufnehmen, um die getroffenen Vereinbarungen zu bestätigen und den Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Berliner Finanz- und Wirtschaftsbrief.

Der Auslandskapital herrscht heute an den deutschen Börsen. Es ist ziemlich unbefriedigt von vorübergehenden Stimmungen und Konjunkturschwankungen. Nachdem es einmal herausgefunden hat, daß die deutschen Industriewerte viel zu billig sind, gibt es Kaufaufträge in ungeheuren Mengen und bleibt bei diesem Entschluß, wie auch immer die politische Lage von Tag zu Tag veränderlich sich gestalten mag. Für das Auslandskapital ist jeder deutsche Sachwert eben billig. Auf einige tausend Prozente des Kursniveaus kommt es dabei gar nicht an. Das deutsche Privatkapital hat sich ganz in die Gefolgschaft der laufenden Ausländer begeben. Es sieht die Effektenkurse von Tag zu Tag weiter steigen und besitzt sich zu kaufen, bevor sie für das deutsche Geld unerschwingbar geworden sind. Schon ist ein Teil des kleineren deutschen Kapitalistenpublikums, dessen Geldbesitz nicht mehr ausreicht, von der Teilnahme an dem Tanz um das auswärtige

Kapital ausgeschlossen worden. In normalen Zeiten wäre dieses Verhalten der Kapitalisten von der gefährlichen Börsenspekulation ein Vorteil gewesen. Aber heute, wo jeder Anteil an Sachwerten ein Gewinn, jeder Marktschwäche ein Verlust bedeutet, führt diese Entwicklung noch schneller zur Spekulation des Mittelstandes und des Kleinbürgers, als dies ohnehin eingetreten wäre. Heute, in der Zeit der Katastrophenhaufe, muß die Marktspekulation ausgeschlossen oder schwer benachteiligt werden, als eine soziale Ungerechtigkeit bezeichnet werden, sehr auch dem Bedürfnis der Banken, sich bei den ungeheuren Geschäftsanforderungen von den kleinen Geschäften zu entlasten, entsprochen haben mag. Die Allgemeinheit leidet aber heute vielfach darunter, daß man gemachte Fehler eingestehen und wieder auszumachen sich viel zu sehr scheut, und lieber die schwersten Schäden in Kauf nimmt, als eingestehen sich geirrt zu haben. Das gilt durchaus nicht nur für die Banken und ihr Vorgehen gegen die Kleinpekulation. In der Frage der Brotversorgung ist B. handelt es sich um weit schwerwiegendere Dinge. Es scheint, daß die Reichsregierung bereits eingesehen hat, daß das System der Getreideumlage längst Schiffbruch erlitten hat, und die Versorgung mit Inlandsgetreide aufs Schwerste gefährdet. Aber man trägt Bedenken, eine einmal getroffene Maßnahme umzustößen und den begangenen schweren Fehler wieder gutzumachen. Dafür gehen wir jetzt mit verbundenen Augen dem sicheren Zusammenbruch unserer Brotversorgung entgegen.

Während das spekulierende Privatpublikum an ein Ende der Katastrophenhaufe noch immer nicht glauben will, hat die Berufsspekulation schon mehrfach ernste Bedenken gezeigt und ihre Engagements teilweise zu lösen versucht. Die politischen Wetterzeichen, die in den letzten fünfzig Jahren zu erblicken sind, können nicht mehr auf die leichte Schulter genommen werden. Die politische Uebergangszeit, die besonders durch eine weitreichende Unsicherheit charakterisiert war, nähert sich so oder so ihrem Ende. Große politische Stürme werden über Deutschland in den nächsten Monaten hinwegbrausen. Es gibt wohl diesmal in Deutschland keinen Optimisten, der den Londoner Verhandlungen großes Vertrauen und weitreichende Hoffnungen entgegenbrächte. Bei alledem steigt unsere Nocturne von Woche zu Woche in beängstigender Weise, ohne daß sie den ungeheuren Kapitalbedarf der deutschen Industrie zu befriedigen vermag. Denn eine Pause in dem Ansteigen des Preisniveaus ist weder bisher eingetreten, noch ist es in nächster Zukunft zu erwarten. Die Dollarkurschwankungen sind zweifellos geringer geworden, nicht aber das rasende Tempo der Preissteigerungen. Die Reichsindexziffer der notwendigen Lebenshaltung hat sich im November wiederum gegen den Vormonat verdoppelt. Kohle und Eisen steigen ohne Rücksicht auf den Dollarkurs immer weiter. Solange aber hier bei den Rohstoffen kein Stillstand eintritt, ist es auch bei den Preisen der Lebenshaltung nicht zu erwarten. Wir müssen erkennen, daß von Innen her, aus uns selbst heraus heute keine Gesundung kommen kann, wenn uns nicht vorher von außen eine helfende Hand gerückt wird. Und wir müssen doch auch wieder eingestehen, daß diese Hand noch nirgends sich uns entgegenreckt, daß alle Hoffnungen auf sie bisher aufs bitterste enttäuscht worden sind. So bleibt uns nur die Katastrophenhaufe übrig und gleich Kindern freuen wir uns über jede Null, die unsern Effektenkursen hinten angefügt wird, ohne zu bedenken, daß diese Null doch nur vom inneren Werte der Mark vorher weggenommen worden ist.

Handelsteil.

Devisenkurse.

Essen, 9. Dez. 2,45 Uhr nachm. In den Devisenmarkt beteiligten Kreisen hat offenbar die spekulative Beurteilung der Aussichten der im Gang befindlichen und noch bevorstehenden Konferenzen in dem für die deutsche Währungsfrage entscheidenden Punkte wieder breiteren Platz eingenommen, denn die Devisen zeigten heute vormittag eine erneute Beseitigung. Die ersten Kurse waren 36 500-37 000 für das Pfund 8000 bis 8100 für den Dollar, 3150-3200 für den Gulden. Im Verlaufe wurde die Devisenbewegung, wie gesagt, etwas fester und diese Bewegung wurde verstärkt durch schwächere Markmeldungen aus Holland. Das Geschäft war zwar auch heute nicht groß, immerhin genügte die Nachfrage seitens der Spekulation und des Bedarfs infolge des knappen Angebots, um die Kurse stetig heraufgehen zu lassen. Seit 1 Uhr bis zum Schluß des Verkehrs in Deutschland nennt man im Mittelkurs Pfunde 36 000, Dollar 8300, Gulden 3275. — Aus Holland wurde die Mark gegen 11 1/2 Uhr gemeldet mit 3,02 1/2-3,10, d. h. 3225,00 bis 3305,75 M für den Gulden.

Produktenbericht.

Berlin, 9. Dez. Der Dollar war heute etwas fester und im Anschluß daran lauteten auch die Kurse der Forderungen der Provinz für Getreide etwas höher. Die Getreide infolge von Schneestürmen im Lande gefürchtet, gewissen Telegraphen- und Telegraphenverbindungen waren heute zum Teil noch nicht wieder in Ordnung und das Geschäft wurde dadurch mit erschwert. Für Weizen war Angebot besonders in baltischer und naher Ware am Markt, doch zeigte sich dafür kein Interesse, da das Weizenmehlgeschäft ziemlich schwierig ist. Nur für spätere Lieferung war Mehl zu verkaufen, doch sind dafür die Forderungen meist zu hoch. Mehlgeschäft liegt die Verhältnisse beim Roggen, für den auch manche Schwierigkeiten bezüglich der Dispositionen des eintreffenden Materials befanden. Die Forderungen lauten etwas höher. Die bezahlten Preise sind nicht viel verändert. Gerste wird viel gegen Roggen zur Limlage gekauft, aber auch seitens der Geschäftshändler mehr begehrt. Im Hafergeschäft hat sich nicht viel verändert. Mais wurde mehr gekauft und war durchschnittlich fester. Für Rübenfrüchte und Futterstoffe zeigte sich im allgemeinen keine Befestigung am Markt.

Die Hil...

Die Hil... welche am D... neten... befußt wie... als gerade... sprachen hat... Bescheid ihre... der offenen... zu Tag. M... reichen, aus... Vaterlandes... aktionen. S... einzelne Kr... menschen tr... Nächstenliebe... ziehen wollen... Million den... den kann. M... Die Bea... sammlung, d... Monateinf... Gunten der... schnitt mach... ergebe bei d... 200 000 M... Der Ver... gung u... arbeit zu... zung werde... Angelegenhe... sprechen, d... Summe nicht... Der Ver... des führte... sation die S... Notwendigke... den. In ein... bereits 4500... Der Ver... v. r. s. - M... seiner Gefell... te stehe, da... den steigend... überbies vie... Millionen U... häuier und... sie die Gell... auf den zeh... Ferner bet... ganz oder t... noch verschie... ziale Hilfslei... behnung den... wüürde... Siffaktion... gen sein. D... Vergewerks... fählichen St... gen, eine S... Für die Geu... Sprecher die... stützung der... komme, weil... Belegschaft... Der Ver... glaube, tro... gen wie au... daß wenigst... zur Beteilig... Die Ver... „Viktor“... vertreter von... Das Ge... Rrimin... Copyright 191... 2... Dann sehte... mußte ja doch... konnte und vo... die Geschäft... bernante geto... Jeht bachte... Peter Lindema... vorthargen Tr... Die Behau... Herten Pöfen... In Helenes Au... Dieses Duk... alles so düster... hier, daß sich... gerin wohl ein... war immer m... lich kann ich... nicht gefüllt... schon offen ha... Endlich geg... die sich als... entschuldigte... mächtig sei, u... Mlle. Biron d... Es waren r... Helene konstat... wachsend, daß... was an sich... Das Graf... Als Graf...

Die Hilfsaktion der Stadt Castrop.

Die 2. Sitzung des Hilfsaktionsausschusses, welche am Dienstagabend 6 Uhr im Stadtverordnetenversammlungssaale stattfand, war leider nicht so gut besucht wie die erste. Es ist dieses umso bedauerlicher, als gerade eine Anzahl Vertreter fehlten, die versprochen hatten, an diesem Tage den endgültigen Bescheid ihrer Organisationen mitzuteilen. Die Not der offenen und verarmten Armen steigt von Tag zu Tag. Mithin rufen wir, wie die zahlreichen, aus den verschiedensten Gegenden unseres Vaterlandes vorliegenden Nachrichten zu Hilfsaktionen. Soll man da annehmen, daß in Castrop einzelne Kreise entweder für die Not ihrer Mitmenschen kein Verständnis oder sich der Pflicht der Nächstenliebe, die hier helfend eingreifen muß, entziehen wollen? Die Stadt hat mit einer Viertel Million den Grund gelegt, auf dem aufgebaut werden kann. Wohlan, folge jeder dem guten Beispiel! Die Beamtenschaft erklärte in der Versammlung, daß sie gewillt sei, bis 1 Prozent des Monatseinkommens vom Stande des 1. Nov. zu Gunsten der Hilfsaktion abzugeben. Im Durchschnitt mache das für den Beamten 500 Mark. Das ergebe bei den etwa 400 Beamten in der Stadt ca. 200 000 Mark.

Der Vertreter der Mittelstandsvereinsung sagte ebenfalls für seine Organisation Mitarbeit zu. In einer am Freitag abzuhaltenden Sitzung werde der Mittelstand sich noch näher mit der Angelegenheit befassen. Er dürfte schon heute versprechen, daß die vom Mittelstand zu leistende Summe nicht gering sein werde.

Der Vertreter des Bauarbeiterverbandes führte aus, daß die Mitglieder seiner Organisation die Hilfsaktion freudig begrüßten, von ihrer Notwendigkeit überzeugt seien und gern opfern würden. In einer Versammlung hätten 16 Mitglieder bereits 4500 Mark gestiftet.

Der Vertreter der Selbstkürschner Bergwerks-V.-G. betonte, daß die Generalleitung seiner Gesellschaft grundsätzlich auf dem Standpunkte stehe, daß sie schon so in erheblichem Maße zu den steigenden Armenlasten herangezogen werde und überdies viel freiwillig leiste. So stiftete sie für 4 Millionen Mark Kohlen für die beiden Krankenhäuser und die Gemeindefürsorge. Außerdem habe sie die Geldspenden für die Wohltätigkeitsvereine auf den jährlichen Beitrag des Vorjahres erhöht. Ferner betreibe sie soziale Werkstätte, bezahle ganz oder teilweise Freikuren und mache auch sonst noch verschiedene erhebliche Aufwendungen für soziale Hilfsanstalten. Bei der räumlichen Ausdehnung der Gesellschaft über verschiedene Kommunen würde überdies ein Unterhalten einer lokalen Hilfsaktion von schwerwiegenden finanziellen Folgen sein. Den persönlichen Bemühungen von Herrn Bergwerksdirektor Müller sei es trotz dieses grundsätzlichen Standpunktes der Generaldirektion gelungen, eine Spende von 100 000 Mark zu erwirken. Für die Gewerkschaft „Teutoburgia“ gab der Sprecher die Erklärung ab, daß für sie die Unterstützung der Castroper Hilfsaktion nicht in Frage komme, weil nur ein verschwindender Bruchteil der Belegschaft in Castrop wohne.

Der Vertreter der Belegschaft „Viktoria 1-2“ glaubte, trotzdem dort die Verhältnisse ähnlich liegen wie auf „Teutoburgia“ versichern zu können, daß wenigstens die Castroper Belegschaftsmitglieder zur Beteiligung an der Hilfsaktion bereit seien. Die Vertretungen der Betriebsverwaltungen von „Viktoria“, „Schwerin“, sowie die Arbeitervertreter von „Schwerin“ und „Erin“ waren

nicht anwesend. Bestenfalls wurde in der Vertretung besonders bedauert, weil gerade auf „Erin“ das Gros der Castroper Arbeiterkraft beschäftigt sei und man so nicht wisse, was man von ihr zu erwarten habe.

Die Kaufmännischen Grubenbeamten versprachen sich rege zu beteiligen und der Hilfsaktion einen hohen Betrag zu überweisen.

Eine ähnliche Erklärung gaben die Vertreter der Metzgerei und der Poln. Berufsvereine ab.

Am die Castroper Belegschaftsmitglieder der Zeche „Lothringen“ zu erfassen, wurde angeordnet, im Mittelfeld eine Sammelliste aufzulegen. Nach langer Aussprache wurde beschlossen, bei dem Spüren der Sammlung durch die Organisationen zu bleiben und von einer Hausammlung Abstand zu nehmen. Das Geld soll bis zum 18. Dezember entweder an eine der nachbenannten Sammelstellen abgeführt werden:

1. Stadtkasse.
2. Städtische Sparkasse.
3. Barmer Bankverein.
4. Gewerbebank.
5. Castroper Zeitung.

Den Schluß der Beratungen bildete eine Aussprache über die Art und Weise der Verteilung der einkommenden Gelder. Einhellig war man der Ansicht, daß diese noch vor Weihnachten erfolgen müsse. Die Verteilung selbst wird unter Leitung des Magistrats durch einen besonderen Ausschuss vorgenommen. Im Schlußwort richtete Herr Bürgermeister Weynen, der die Verhandlungen leitete, nochmals einen warmherzigen Appell zur Mitarbeit an alle Kreise der Bevölkerung und insbesondere an die Jugendlichen.

Aus Castrop und Umgegend

Der Städtische Wohlfahrtsamt wird uns mitgeteilt, daß die Kinder, welche zur Erholung nach dem Seebad „Gottesgabe“ bei Rheine entsandt wurden, am Dienstag, abends 7,43 Uhr auf dem hiesigen Bahnhof eintrifften. Die Eltern wollen sie dann dort wieder in Empfang nehmen.

Die neuen Mitarbeiter für die Kinder bis zum vollendeten 2. Lebensjahre werden am 12., 13. und 14. dieses Monats auf dem Einwohnermeldeamt veranlagt. (Näheres siehe Anzeigenteil).

Für die Kinderbesorgung, die von den Fürsorgebehörden geplant ist, wurden dieser Tage des Abends am „Munden Tisch“ bei „Papa Heinrich“ gelegentlich der amerikanischen Vertretung eines vertretten Werksführers 1500 Mark zusammengebracht. Als der Zuschlag erteilt werden sollte, war „Prinz Edel-Dant“ verschwunden, um vor Japsenreich noch an anderen Stammtischen das ideale Wert unserer Fürsorgerinnen zu fördern.

Zur Nachahmung empfohlen! Anlässlich einer gemütlichen Zusammenkunft stiftete eine hiesige Gesellschaft 6000 Mark für die Weihnachtsbesorgung armer Kinder Castrops und Raunels.

Die Gemeindevertretung bewilligt den Ziegenzuchtverein Raunel und Umgegend eine einmalige Beihilfe von 6000 Mark. 2. Der Kleintierzuchtverein im Ortsteile Schwerin wird zu der diesjährigen Ausstellung eine einmalige Beihilfe von 600 Mark bewilligt. 3. Dem gemeinnützigen Bauverein Raunel soll zur Fertigstellung der im Bau befindlichen 16 Wohnungen ein Kredit bis zu 8 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, und zu diesem Zwecke eine

kurzfristige Anleihe in dieser Höhe befristungslauf genommen werden. 4. Als Mitglieder des Schulausschusses für das Städt. Realgymnasium Castrop werden die Herren Bergassessor a. D. Müller und Gemeindevorsteher Köster gewählt. 5. Gemeindevertretung lehnt es ab, für die Beschaffung von Material für die Heimatkunde durch die Lehrerschaft einen Betrag zur Verfügung zu stellen, da der Verein für Heimatspflege in Castrop sich schon mit der Erforschung der Heimatkunde für Raunel beschäftigt. 6. Gemeindevertretung beschließt, dem Antrage des W. Papenheim um Entschädigung für den Fruchtausfall, der ihm durch die Benutzung des neben seinem Lande liegenden Sportplatzes entstanden ist, in nachweisbarer Höhe zu entsprechen. Dem Fußballklub „Almannia“ soll wegen der Weigerung zur Zahlung des geforderten Schadenersatzes und insbesondere in Berücksichtigung der Art und Weise, in der diese erfolgt ist, die weitere Benutzung des Sportplatzes verboten werden. 7. Der Einbürgerung des polnischen Staatsangehörigen Friedrich Fuchs wurde zugestimmt. 8. Gemeindevertretung nimmt Kenntnis von der Veranlagung durch die Emsdörfergenossenschaft für 1922. 9. Dem Beschlusse des Schulvorstandes Raunel vom 10. November d. Js. auf Lieferung von Seife für die Lehrerbörse wird die Zustimmung verweigert. 10. Gemeindevertretung beschließt, die eingegangenen Bäume auf dem Sportplatz an der Frohlinde Straße durch neue Bäume zu ersetzen. Ebenso wird die Bepflanzung des Sportplatzes vor der neuen Schule an der Bobelschwinger Straße nach dem Vorschlage des Bauamts beschlossen. 11. Die Entschädigung der Mitglieder der Gemeindevertretung und der Armenkommission wird auf 100 Mark pro Sitzung erhöht.

Aus dem Emschertal.

Habinghorst. (Eingebrochen) wurde beim Milchhändler Jäger. Die Diebe erbeuteten 4 Kügel, mit denen sie leider unerkannt entkamen.

Habinghorst. (Quecksilberdiebstahl). Aus einem Laboratorium der Gesellschaft für Fernverwertung stahlen 2 dort beschäftigte Arbeiter je ein Fläschchen mit zusammen ca. 1 kg. Quecksilber. Sie haben das kostbare Metall, das einen Wert von 10 000 Mark besaß, für 800 (1) Mark in Dortmund verkauft. Die beiden Diebe wurden ermittelt und sind gefänglich.

Bladenhorst. (Diebstahl im Rucksack). Aus einer Destillation der Rütgerswerke wurde aus einem Glasbehälter eine größere Menge Quecksilber gestohlen. Als Dieb wurde seitens der hiesigen Polizei eine Person ermittelt, die vor einiger Zeit bereits einen Treibriemen diebstahl auf dem Werke ausführte.

Abnahme des Viehbestandes im Amte Raunel.

Das für das Amt Raunel bereits vorliegende Ergebnis der Viehzählung vom 1. Dezember weist gegen das Vorjahr durchweg eine ganz erhebliche Verminderung des Viehbestandes auf. Auch die Zahl der

vielhaltenden Haushaltungen ging angesichts der hohen Preise für Futter- und Streumittel um ca. 10 % zurück. Sie sank für das Amt von 2404 im Vorjahr auf 2217. Sie beträgt 4 St. für Raunel 888 (910), Frohlinde 121 (132), Bövinghausen 175 (214), Merklinde 102 (108) und Habinghorst 936 (1040).

Die Zahl der Pferde sank im Amte Raunel von 314 im Vorjahr auf 271.

Ergebnis in der Abnahme bei den drei Rassearten und älteren Pferden, die um 61 zurückgingen, während die jüngeren Pferde und Fohlen um 19 zunahmen. Angesichts dieses wenn auch nur schwachen Wiederbeginns der Pferdezahl ist sehr zu bedauern, daß der einjährige Nachwuchs des Amtes Raunel, der in Frohlinde stationiert war, den Verlust der Pferde zum Opfer fiel. Im einzelnen verteilen sich die Pferde auf die Gemeinden, wie folgt: Raunel 90 (118), Frohlinde 49 (46), Bövinghausen 24 (25), Merklinde 30 (33) und Habinghorst 68 (82).

Der Rindviehbestand des Amtes Raunel ging von 419 im Vorjahr auf 380 zurück. Hier liegen die Verhältnisse etwas anders wie bei den Pferden, weil hier die Zahl der Jungtiere stärker abnahm als die der älteren. Die Zahl der Rindvieh stieg von 243 auf 261, während die der Kälber und des Jungviehs (unter 1 Jahr) von 91 auf 89 sank. Der Rindviehbestand verteilt sich auf die einzelnen Gemeinden wie folgt: Raunel 117 (142), Frohlinde 99 (99), Bövinghausen 60 (65), Merklinde 43 (57) und Habinghorst 71 (58).

Der Schafbestand des Amtes Raunel sank von 297 im Vorjahr auf 194. Die Schafe verteilen sich auf die einzelnen Gemeinden in folgender Weise: Raunel 61 (82), Frohlinde 21 (25), Bövinghausen 18 (31), Merklinde 7 (11) und Habinghorst 87 (88).

Die Zahl der Schweine fiel im Amte Raunel von 2627 im Jahre 1921 auf 1999, also um 628 Stück. Hieran sind beteiligt Raunel mit 676 (943), Frohlinde 196 (285), Bövinghausen 214 (290), Merklinde 182 (199) und Habinghorst 729 (1121).

Die Zahl der Ziegen hat sich besser gehalten; sie verminderte sich im Amte Raunel von 722 auf 655. Sie verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Gemeinden: Raunel 253 (286), Frohlinde 87 (81), Bövinghausen 62 (79), Merklinde 67 (84) und Habinghorst 208 (192).

Die Zahl der Kaninchen hat besonders stark abgenommen. Sie sank von 933 im Amte Raunel innerhalb des letzten Jahres auf 365. Das als „Schweinefleisch“ während des Krieges so beliebte Tier scheint sich somit seiner besonderen Schätzung mehr zu erfreuen. Es ist vertreten in Raunel mit 136 (377), Frohlinde 25 (107), Bövinghausen 9 (35), Merklinde 16 (22) und in Habinghorst 179 (392) Exemplaren.

Die Zahl des Federviehs fiel im Amte Raunel von 15 030 im Vorjahr auf 13 220. Es gibt im Amte Raunel Gänse 854 (1333), Enten 278 (580), Hühner 12 061 (13 304), Truthühner 27 (13). Die einzelnen Gemeinden sind beim Federvieh wie folgt beteiligt: Raunel 5249 (5893), Frohlinde 832 (945), Bövinghausen 886 (1149), Merklinde 652 (724) und Habinghorst 5621 (6319).

Die Zahl der Bienenstöcke ging im Amte Raunel von 89 auf 88 zurück. Es wurden gezählt in Raunel 26 (28) und in Habinghorst 12 (11).

Husten Sie dann nehmen Sie



erhältlich in der Adler-Drogerie H. Köster

Das Geheimnis von Dubshinka.

Kriminalroman von Erich Ebenfeld.

(Copyright 1913 by Greiner u. Comp., Berlin W. 30.)

2. Dann setzte sie sich nieder und wartete. Endlich mußte ja doch jemand kommen, mit dem man reden konnte und von dem man erfährt, welche Dispositionen die Herrschaften etwa für heute über die neue Gouvernante getroffen hatten.

Jetzt dachte Helene nicht mehr an den frühlichen Peter Lindemann, sondern mehr an seinen ernsten, vorthargen Freund.

Die Behauptung, daß es bei diesem reichlich dotierten Posten einen Mahen geben müsse, gewann nun in Helenes Augen immer mehr Bedeutung. Dieses Dubshinka wirkte unheimlich. Es war alles so düster, unruhig und geheimnisvoll verschlossen hier, daß sich eine weniger tapfer veranlagte Person wohl wohl eingeschüchtert gefühlt hätte. Aber Helene war immer mutig und energisch gewesen. „Schließlich kann ich ja jeden Moment gehen, wenn es mir nicht gefällt“, dachte sie. „Und die Augen will ich schon offen halten.“

Endlich gegen acht Uhr erschien eine junge Person, die sich als Kammerjose der Gräfin vorstellte, daß es sich nur der französischen Sprache mächtig sei, und meldete, die Herrschaften erwarteten Mlle. Biron drinnen im Speisesaal zum Abendessen.

Zweites Kapitel.

Es waren nur der Graf und die Gräfin anwesend. Helene konstatierte schon nach einer Viertelstunde, daß beide ganz und gar nichts Beunruhigendes an sich hatten.

Der Graf, ein schöner, eleganter Mann, verhielt sich ganz ruhig, während Helene ziemlich steif und zurückhaltend

sprach wenig und hatte in seinen etwas verlebten aussehenden Zügen einen hochmütigen Ausdruck.

Die Gräfin — genau wie Peter Lindemann sie geschildert — kostbares Haar, blaue Augen, mit der klaren, farbenreichen Haut der Amerikanerinnen, war voller Lebensmüdigkeit. Beide waren sehr herzlich, fast verlobt gegeneinander.

„Eigentlich genau, wie ich sie mir vorgestellt habe“, dachte Helene. „Es wird sich schon leben lassen mit ihnen!“

Dann fragte sie nach ihrem Zögling.

„Mach, ihr Rosenamen, bei dem wir sie stets rufen, ist „Butter“, ist natürlich schon zu weit“, antwortete die Gräfin, „sonst hätten wir sie Ihnen bereits vorgestellt. Sie ist ein sehr zartes Kind — etwas blutarm und nervös — zuweilen leidet sie sogar an selbstamen Wahnvorstellungen, aber der Arzt meint, es würde sich mit der Zeit wohl geben — alles komme nur von der Blutmangel.“

„Aha“, dachte Helene. „Da liegt also der Haken! Die Kleine ist geistig nicht normal!“

„Wir wollen deshalb auch über den Winter ihr wegen nach Regensburg gehen“, fuhr die Gräfin fort. „Sie haben doch nichts dagegen, Fräulein Biron, mich dahin zu begleiten?“

„Gewiß nicht, Frau Gräfin. Im Gegenteil, ich freue mich, etwas von der Welt kennen zu lernen.“

„Das ist mir lieb. Ich möchte nämlich schon in einigen Tagen dahin abreisen und habe eigentlich nur Ihre Ankunft abgewartet. Mein Mann kommt später nach. Würde es Ihnen schon übermorgen passen, oder sind Sie dann noch zu ermüdet von der Fahrt?“

„Ich bin gar nicht ermüdet, Frau Gräfin haben Sie mich zu befehlen.“

„Angehörige — ich meine nähere — befehlen Sie ja nicht, von denen Ihnen der Begriff etwa schwer

fallen würde? Ich glaube, das aus Ihren Briefen entnommen zu haben.“

„Nein. Ich sehe sozusagen, von ein paar entfernten Verwandten abgesehen, ganz allein in der Welt!“

Die Gräfin lächelte ein wenig.

„Sie sind aber ein sehr schönes Mädchen, Fräulein Biron — vielleicht haben Sie schon einen Bräutigam, dem die Trennung nahegeht? Es ist nämlich möglich, daß wir dann im Frühjahr nach Paris und später an den Genfer See gehen. So würde wohl lange Zeit vergehen, ehe wir wieder nach Österreich kommen.“

„Ich habe auch keinen Bräutigam, Frau Gräfin.“

„Das ist gut. Dann sind Sie auch nicht gequält durch die Verpflichtung, ewig Briefe schreiben zu müssen. Oder unterhalten Sie sonst eine ausgedehnte Korrespondenz? Ich meine, mit Freundinnen oder Bekannten vielleicht?“

Die Gräfin sprach ganz harmlos. Dennoch hatte Helene plötzlich das Gefühl, als wolle man sie aushorchen. Was? Was ging das für Leute an, ob sie Fremde besah und Briefe schrieb?

„Nein“, antwortete sie kurz, „ich bin überhaupt keine große Freundin vom Briefschreiben.“

„Sie dürfen mich nicht mißverstehen“, beeilte sich die Gräfin, der ihre Befremdung offenbar nicht entgangen war, zu erklären, „natürlich geht mich eine so absolute Privatfache, wie es Ihre Korrespondenz ist, nichts an. Aber wie mußten Ihre Vorgängerin schon nach acht Tagen nur deshalb entlassen, weil sie, ohne sich um Vieles zu kümmern, fast den ganzen Tag in ihrem Zimmer saß und schrieb. Sie hatte zwar noch keinen Bräutigam, aber dafür so viele Bekannte, daß täglich Briefe kamen — einmal sogar mitten in der Nacht ein Expressbrief! Und von wem? Von einer Freundin, die sich verlobt hatte und diese wichtige Sache nun epprecht berichtigungs mußte. Was sagen Sie dazu?“

„Das ist allerdings ein wenig komisch, andere behaupten aus dem Schlaf aufstören zu lassen!“

„Nicht wahr? Und natürlich konnte sich Mary eine so schreibselige Gouvernante auch nicht gönnen. Das Kind leidet ohnehin noch unter der Trennung von seiner alten Kinderfrau, an die es seit der Geburt gewöhnt war, und die wir erst kürzlich entließen, wo wir meinten, es brauche nun doch schon die Zeit einer gebildeten, nach pädagogischen Grundsätzen vorgehenden Hüterin.“

Helene verstand, daß man trotz dieser plausiblen Erklärung doch nicht wünschte, daß sie viel Briefe schrieb oder empfing.

„Ich werde mich gewiß bemühen“, sagte sie ruhig, „meine Zeit dem Kinde zu widmen und seine Viel zu gewinnen.“

Im stillen dachte sie: „Wie gut, daß ich Peter Lindemann kein Versprechen gab! Und nicht auch — wie schade! Daß ich ihm nun nicht schreiben kann.“

Der Diener, der bei Tisch servierte, war gleichfalls ein Tscheche, der wahrscheinlich nicht Deutsch konnte, denn sowohl der Graf als auch die Gräfin erteilte ihre Befehle an ihn in seiner Muttersprache.

Das Souper war gut und reichlich gewesen. Außer dem Diener, der übrigens ein ganz gewöhnlicher wenig geschulter Mann zu sein schien, und sich nicht unbedeutend in seiner Vorehre fühlte, die Kellnerin aufgestellt.

Darauf entstand eine kleine Pause. Im Vorraum hörte man Geflüster, Schränke wurden geöffnet, Feuer ausgezogen. Endlich erschien der Diener wieder mit ratlosem Gesicht und flüsterte dem Grafen etwas zu.

„Dieser blöde eben so ratlos auf die Gräfin. „Ja, hat keine Kellnerin, Mädelst du nicht —“ (Fortsetzung folgt.)

Aufruf

zur Unterstützung der Notleidenden der Stadt Castrop.

Die Verhandlungen zur Einleitung einer Hilfsaktion für die Notleidenden unserer Stadt sind nunmehr abgeschlossen. In wiederholten Besprechungen mit den Vertretern von Organisationen und Vereinen pp. setzte man sich einmütig für die Durchführung der Hilfsaktion ein und beschloß, die Aufbringung von Geldmitteln innerhalb der einzelnen Gruppen vornehmen zu wollen. Da bei der großen Anzahl der in Castrop vorhandenen Vereine (ca. 300) nicht sämtliche zu den Besprechungen geladen werden konnten, ergeht nichtsdestoweniger auch an die nicht vertretenen Vereinen die ebenso dringende wie herzliche Bitte, sich gleichfalls voll in den Dienst des Hilfswerks stellen zu wollen. Natürlich werden auch Gaben von Einzelpersonen mit ebensolchem Dank angenommen.

Annahmestellen für die Geldspenden sind eingerichtet worden bei: Stadtkasse, Sparkasse, Barmer-Bankverein, Gewerbe-Bank, Castroper Zeitung.

Die Organisationen werden gebeten, ihre gesammelten Beiträge **spätestens bis 18. Dezember** bei den vorgenannten Stellen einzuzahlen, damit die Verteilung durch den Ausschuß noch vor Weihnachten erfolgen kann.

Castrop, den 7. Dezember 1922.

Der Magistrat: W y n n e n, Bürgermeister.

452

Öffentliche Steuermahnung.

Die fällig gewordene Reichseinkommensteuer für das Jahr 1921 und die Kirchensteuern für das 1. bis einschließlich 3. Vierteljahr 1922 sind nunmehr nebst den Mahngebühren spätestens bis zum 16. Dezember cr. an die hiesige Amtskasse, während der Kassenstunden zu entrichten. Vom folgenden Tage ab werden die Rückstände im Wege der Zwangsvollstreckung — Pfändung — eingezogen. Eine Verhinderung von Mahngebühren findet nicht statt.

Kassel, den 9. Dezember 1922.

Die Vollstreckungsbehörde:
R ü g e r, Kassendirektor.

Große Auktion.

Am Dienstag, den 12. d. Mts., morgens 9 Uhr, im Lokale des Herrn Hasenbein, am Markt
Versteigerung der Auktion
vom Samstag.

Öffentliche Versteigerung eines großen Postens Herren- und Damen-Bekleidungsstücke und sonstiger Haus- und Küchengeräte gegen bar. — Die Sachen sind gebraucht, sehr gut erhalten und können ¼ Stunde vorher besichtigt werden.

M. Schmetzler, Castrop,
Wittener Straße 183.

Geben Sie 8!

Zahle franko Lager pro Kilo

Alt-Kupfer	700 Mk.
Rotgull	500 Mk.
Messing	500 Mk.
Zink	400 Mk.
Blei	300 Mk.

Gewerbetreibende bei größeren Posten
besonderen Aufschlag

Willy Thiele,
Habinghorst, Kronprinzenstr. 97.

Im Fahrradgeschäft Haunert.
Telefon 298. Amt Castrop.

Gänse, Hühner, Nähne.

6214
geschl. u. gerupft.

Butter

in Postkolis fr. unter Nachn.

von
F. Buttke,
Neukirch, Ostpr.

Mädchen

für kl. Haushalt für morgen
geschl.
Fr. Ernst Northamp,
Mühlent. 1. II.

Grün Jugend

Durch ein halbes
Stück Zucker
Patent-Medizin-Gelbe habe
ich das Übel völlig beseitigt
S. E. Polz-Serg. Dazu
Judo-Gelbe (nicht feilend
u. feilend). In all. Apotheken,
Drogerien und Parfümerien.
In Kassel-Habinghorst in
der Adler-Drogerie. 4514

Metallbetten

Stahlmatten, Kinderbetten
dir. an Priv., Kat. 90 S. frei
Eisenmöbelfabr. Eukli Th

Wollen Sie ein wirklich schönes Weihnachts-Geschenk machen?

Reizende, lachende Kinderaufnahmen,
kein Bewegen bei der Aufnahme
möglich, bei dem dunkelsten
Wetter sowie des Abends.

Dann kommen Sie zum

Photo Bergmann, Habinghorst,
Kunst und Tageslicht-Atelier. Telefon 243.
Weihnachtsaufträge werden noch bis Dienstag 19. Dez. angenommen.

Schlüpfer Anzüge Hosen Gummi-Mäntel

in größter Auswahl zu
billigen Uebergangspreisen

Gebr. Rollmann
Castrop, Wittenerstr. 6.

Wirtschaftliche Mitteilungen der Stadt Castrop.

Ausgabe von Säuglings-Milchsorten für Kinder bis zum vollendeten 2. Lebensjahre während der Dienststunden auf dem Einwohner-Meßamt am 12. Dez. cr. für die Bezirke I, II, III; am 13. und 14. Dez. cr. für die Bezirke IV, V, Stadtteil Schwerin und Bahnhof Naukel.

Die Verbraucher werden ersucht, die Milchsorten täglich bei den Milchhändlern abzugeben, denn sonst ist eine ordnungsmäßige Verteilung wegen der geringen Milchzufuhr nicht möglich.

Beschwerden über Nichtbelieferung von Milch sind bei der Milchabteilung vorzubringen. Es wird noch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Milch pünktlich und regelmäßig von ein und derselben Verkaufsstelle abgeholt ist. 453.

In Habinghorst möglichst Kronprinzenstr. ein

Geschäftshaus

gegen bar zu kaufen gesucht. Ang. m. Preis
unter 6342 an die Geschäftsst. d. Zeitung.

Günstiges Angebot!

Wir hatten Gelegenheit einen Posten **Damen- und Kinder-Mäntel** billig einzukaufen u. bringen diese zu folgenden Preisen zum Verkauf:

Damen-Mäntel **Kinder-Mäntel**
Serie I 3900 Mk. Serie II 5900 Mk. von 1600 Mk. an.

Ed. Hackert & Co.
Habinghorst, Kronprinzenstr. 51.

Nur

Max Schwarz

Castrop Habinghorst
Münsterstraße 16. Kronprinzenstr. 4
Eing. Bienenkamp

**zahlt die höchsten Preise
für Altpapier
und Zelle.**

Zahle auch folgende
Preise für Flaschen:

lange Weinflaschen	30 Mt.
Rotweinflaschen	18 Mt.
Liter- u. Cognak- flaschen	25 Mt.
Setzflaschen	35 Mt.
Größere Quanten werden auf Wunsch abgeholt.	6263

Weihnachten!

! ist
die Zeit,
wo gekauft
wird, wo die
Geschäfte auf er-
höhten Umsatz re-
nen. Um diesen zu er-
zielen, ist es für jeden
Geschäftsmann erforderlich,
eine geschickte Reklame zu machen,
die dem Publikum die Geschenkar-
tikel zu Weihnachten übersichtlich an-
bietet. Dies erreicht man am einfachsten
durch Inserate, die in geschmackvoller Aus-
führung und übersichtlicher Anordnung durch die

Castroper Zeitung

in Stadt und Land die weiteste Verbreitung finden.



Bei Sonne, Kälte,
Schnee u. Regen,
muß man die Schuh
mit
Pilo
pflegen.

Guterhaltene 6302

Klavier
zu kaufen gesucht.
Sol. Dierkes, Restauration,
Merklinde.
direkt am Bahnhof.

Witter 6345

Rothherd

zu verkaufen
Habinghorst Bahnhofstr. 6.
Ein hochtragend. Schwein
gegen ein
Rind zu tauschen gesucht
Rauget-Dori, Wilhelmstr. 96

**Näherin sucht
Stelle**

am liebsten in einem grö-
ßeren Geschäft. Auskunft
in der Geschäftsstelle dieser
Zeitung.

Hund zugelaufen

Gegen Erstattung der
Unkosten abzugeben. 6313
Schwerin,
Kaiser Wilhelmstraße 15.

Preuß. Südd. Klassen-Lotterie

Ziehung 1. Klasse am 9. und 10. Januar 1923.

750 000 Lose mit 300 000 Gewinnen und 24 Prämien
in 4 Klassen im Gesamtbetrage von über

1 1/2 Milliarde Mark

Größter Gewinn im günstigsten Falle auf 1 ganzes Los

12 1/2 Millionen Mark.

Einsatzpreise der Lose:

Für die 1. Klasse:	Für die 2.-4. Klasse:
1/4 Los 75.— Mark	1/4 Los 100.— Mark
1/2 Los 150.— Mark	1/2 Los 200.— Mark
3/4 Los 300.— Mark	3/4 Los 400.— Mark
1 Los 600.— Mark	1 Los 800.— Mark
Preise für Vollose: 1/4 375.— Mk., 1/2 750.— Mk., 3/4 1125.— Mk., 1 1500.— Mk.	

Kraus, Staatl. Lotterie-Einnahmer, Herne, Neumarkt, Fernr. 90,
Mittelpersonen Georg Bies, Castrop, August Morjan, Rauxel,
Karl Dworak, Habinghorst. J. Macke, Ickern. 6168